

Kreisstadt-Status pfutsch: Das hat richtig weh getan

Neuhaus am Rennweg hat es deutlich zu spüren bekommen, was passiert, wenn der Status einer Kreisstadt verloren geht. Seit der Gebietsreform vor 23 Jahren haben sich immer mehr Einrichtungen und Ämter verabschiedet.

Von Doreen Fischer

Neuhaus am Rennweg – In Sonneberg wird für den Erhalt des Landkreises Sonneberg demonstriert. Henry Worm, Landtagsabgeordneter der CDU, kann verstehen, was die Leute auf die Straße treibt. Als amtierenden Bürgermeister von Neuhaus kann er sozusagen vom Bürofenster aus auf das leer stehende Gebäude des ehemaligen Landratsamtes schauen. Der Verlust dieses Amtes ist nicht der Einzige geblieben.

„Wir können in Neuhaus von Erfahrungen sprechen. Auch wenn andere behaupten, es sei gar nicht so schlimm, so wissen wir doch, dass es schließlich noch schlimmer kommt“, versichert Worm. „Der



Die Zeiten, in denen das Landratsamts-Gebäude in Neuhaus noch voll belegt war, sind vorbei. Auch das ist eine Folge des Status-Verlustes. *Foto: D. Fischer*

Sonneberger Bürgermeister Heiko Voigt hat anhand von Berechnungen klar gemacht, welche Folgen der Verlust des Kreisstadt-Status mit sich bringt. Wenn Sonneberg in einem großen Gebilde integriert würde, hieße das, dass am Rande eines solchen Großkreises auch nur eine Randfunktion auszufüllen wäre. Wer der Meinung ist, dass das ohne Konsequenzen vor Ort abläuft, der wird sich in einigen Jahren wundern, dass es doch anders gekommen ist. Was

Sonneberg momentan macht, ist eine positive Sache. Nur so können sie deutlich machen, was passiert, wenn man diese Reform durchsetzt“.

Schulamt abgezogen

Henry Worm verweist darauf, was mit Neuhaus passiert ist. „In den ersten Jahren nach der Gebietsreform 1994 hat man noch die eine oder andere Einrichtung erhalten. Aber einige Jahre später spielte das alles keine

Rolle mehr“. An zwei Händen zählt er die seither erfolgten Beschneidungen ab: Das Schulamt wurde 2012 geschlossen und dafür in Suhl angesiedelt.

Polizei und Gericht weg

Die Polizeidienststelle ist seit Jahren unbesetzt, das Gebäude ist dem Verfall preis gegeben. Die Kreisverwaltung wurde aufgelöst, das Gebäude vermietet. Wegen Sanierungsstau mussten die Mietverträge vor zwei Jahren gekündigt werden. Seither steht das Objekt zum Verkauf. Aus der Kreissparkasse wurde eine Sparkasse, Musikschule und Volkshochschule fusionierten mit den Sonneberger Einrichtungen. Amtsgericht und Katasteramt sind nur noch Geschichte.

Angesichts dieser Tatsachen ist es nachvollziehbar, warum so mancher Neuhäuser momentan etwas verständnisvoll auf Sonneberg schaut. „Das ist alles nicht so gelaufen, wie wir uns das gewünscht hätten. Da sind viele Sachen gelaufen, die nicht im Sinne von Neuhaus waren“, sagt Henry Worm. Aber genau weil diese Dinge passiert sind, müsste man doch jetzt schlauer sein – sollte man meinen.

„Wir fragen uns nach wie vor, welche Zweck diese Gebietsreform haben soll. Vor allem vor dem Hintergrund, dass nachweislich kein Geld eingespart wird, die Strukturen ungünstig verändert werden und inzwischen der Nachweis erbracht wurde, dass mit solchen Eingriffen die politisch linken und rechten Ränder gestärkt werden. Ansprechpartner sind nicht mehr in dem Maße da wie bisher gewohnt. In den neuen, großen Strukturen, wird immer der Stärkere die Akzente für seine Region setzen. Das bedeutet wiederum, dass kleinere Landkreise wie Sonneberg und Hildburghausen überhaupt keine oder nur eine geringe tragende Rolle mehr spielen werden.“

Gegen den Bürgerwillen

Henry Worm zeigt sich optimistisch, dass die Klage der CDU-Fraktion, die am 30. Mai eingebracht wird, durch das Verfassungsgericht bestätigt wird. Außerdem möchte er gerne wissen, ob ausgerechnet die Partei, die „sich immer für die Mitwirkung der Bürger und größtmögliche Transparenz eingesetzt hat, diese Gebietsreform tatsächlich allein durchsetzen will. Und zwar gegen den Willen der Bürger.“